

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntagabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Anzeigen- und alle sonstigen Reklamen 60 Pf. die Zeile. Rabatt nicht annehmbar.

Nr. 124

**Neubestellungen** auf den „Korr.“ sind zu jedem Monatsersten zulässig + nur Postbezug + Kreuz Erhöhung des alten Abonnementspreis von 22 Pf. monatlich, 44 Pf. zweimonatlich, 65 Pf. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

### Die Einigung der Arbeiterschaft

Aber die Einigung der Arbeiterschaft ist in der letzten Zeit mehrfach geschrieben und gesprochen worden. Es ist ja auch die Frage, die jeden wirklichen Freund der Arbeiterklasse wohl am meisten bewegt.

Was ist eigentlich der Grund der Uneinigkeit? In der Hauptsache der Gegensatz von Demokratie und Diktatur. Verkümpft wird der Kampf, weil eine sozialistische Partei mit in der Regierung sitzt, während die beiden andern in der Opposition zu dieser Regierung stehen. Dazu kommen nun allerdings noch andre, sehr traurige Erscheinungen, die den Kampf so gebieterisch machen: Das ist die Sehnacht nach der Futterkrippe bei vielen Führern, Eifersüchtelei und persönliche Feindschaft. Bei vielen Geführten aber Urteilslosigkeit, Unwissenheit und Gleichgültigkeit.

Nun leistet ja freilich auch eine Anzahl Parteizellungen ganz Hervorragendes in Gehässigkeit gegen die Bruderparteien. Da ist es kein Wunder, wenn diejenigen, die erst in neuerer Zeit politisch aufgerüttelt wurden und sich einer sozialistischen Partei anschlossen, in den andern sozialistischen Parteien den größten Feind sehen.

Das merkt man so richtig in Gewerkschaftsversammlungen. Ich habe beobachtet können, daß sogar bei uns Buchdruckern Versammlungen, in denen kein Tagesordnungspunkt eine Reibungsfläche bot, von nicht wenigen Kollegen vorzeitig verlassen wurden mit dem Bemerkten, daß „nichts los“ wäre; während Versammlungen, in denen zwar nichts Praktisches gesehelt wurde, aber „was los“ war, bis zuletzt überfüllt waren.

Ist denn aber eine Einigung möglich? Eine Verschmelzung der drei sozialistischen Parteien ist nach meiner Ansicht ausgeschlossen. Ebenfalls ist es ausgeschlossen, daß eine Partei die andre vollständig in sich aufsaugt. Aber eine Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien müßte möglich sein. Und jeder, der die Einigung am Herzen liegt, sollte mithelfen, daß sich die beiden Parteien wenigstens erst nähern.

Was können wir dabei tun? Vor allem dürfen wir nicht in jeder Gewerkschafts- oder Betriebsversammlung über die beste Regierungsform heruntreiben, sondern in jeder Versammlung nur die Fragen behandeln, die wirklich dort hingehören. Jeder Versammlungsredner sollte sich der strengsten Sachlichkeit befleißigen und jede persönlich-gezügliche Rede-wendung vermeiden, selbst auf die Gefahr hin, daß er bei gewissen Leuten keinen Beifall findet. Der Versammlungsbesucher sollte mit dem besten Vorbehalt in die Versammlung gehen, jeden Redner aufmerksam bis zum Schluß anzuhören, um vor einer Abstimmung alle Gründe für und wider ruhig vernommen zu haben.

Dann möchte ich noch manchem Kollegen raten, in der Zeitung nicht bloß die gebräulichen Notizen über die andre Partei zu lesen, sondern sie am besten zu überpringen, dafür aber um so aufmerksamer unterrichtende Artikel, wenn möglich von mehreren Parteien bzw. in Arbeiterblättern aller Richtungen.

Dann müssen wir alle einsehen lernen, daß es uns verflucht wenig nützt, wenn einmal diese, einmal jene Partei Mitglieder aus der Bruderpartei zu sich herüberzieht, daß die Arbeiterschaft gar nichts davon hat, ob dieser oder jener Ortsverein zu dieser oder jener Richtung übergetreten ist. Aber daß es einen gemeinsamen Feind gibt, der seine helle Freude hat, wenn wir uns die Köpfe gegenseitig einschlagen und der nichts mehr fürchtet als die Einigkeit der Arbeiterschaft, das sollte jeder Arbeiter wissen und dieses Wissen entsprechend bekunden.

Denk! daran, Kollegen, wenn es wieder ein Verbandsmitglied wegen sollte, in politischer Verblendung zum Austritt aus dem Verband aufzufordern in einer Verbandsversammlung.

Leipzig.

Franz Winkelmann.

### An die Kollegen des Gaues Bayern!

Nach einem Verbandsvorstandszirkular wird sich die für Monat Mai 1920 in Aussicht genommene Generalversammlung unseres Verbandes auch mit der Frage einer Gauneinteilung zu befassen haben. Angeregt durch eine Anfrage einer nordbayerischen Mitgliedschaft, wie sich Nürnberg zur Frage der Teilung des Gaues Bayern stellt, nahm die Vorstandschef der Mitgliedschaft Nürnberg in ihrer Sitzung vom 14. Oktober hierzu Stellung. Nach eingehender Aussprache, in der das Für und Wider von allen Seiten beleuchtet wurde, kam die Vorstandschef zu dem einstimmigen Beschlusse, die Teilung des Gaues Bayern den bayerischen Verbandsmitgliedern zur Diskussion zu unterbreiten bzw. zu empfehlen.

Die Gründe hierfür sind mannigfacher Art, liegen jedoch keineswegs in Personen verankert. Wenn man die Karte von Bayern zur Hand nimmt, wird man den Hauptgrund gleich in der überaus ungünstigen geographischen Lage Münchens — ganz im Süden des Landes — entdecken. Von jeder war das Verlangen nach vermehrter mündlicher Agitation und Unterrichtung der Kollegen des Gaues besonders im Norden lebendig. Bereits im Jahre 1904 plädierte Kollege Weismühl (Nürnberg) in einem „Korr.“-Artikel für die Verlegung des Gauvorortes von München nach Nürnberg; ein dahingehender Antrag wurde vom Gauare damals abgelehnt. Begründet war er u. a. auch mit mangelhafter Agitation, worunter besonders Nordbayern mit seinen vielen kleinen und mittleren Industriezentren zu leiden hatte und — heute noch leidet. Daß aber eine vermehrte persönliche Sühlnahme mit den Kollegen draußen im Lande, wofür man in München an maßgebender Stelle nicht immer die Notwendigkeit erkannte, Maß greifen muß, wird von allen mit den Verhältnissen vertrauten Kollegen betont. „Haben Sie eine Ahnung, was man in kleinen Druckorten für Löhne zahlt? Von Feueranzugulagen ist sehr wenig zu sehen. Väterchen (der Gauvorfeher) ist eben weit entfernt, und die Kollegen allein sind nicht instand, etwas zu tun. Es ist aber Aussicht vorhanden, wenn das Tätigkeitsfeld eines Gauvorfehers etwas kleiner wird, daher mehr Gründlichkeit eintreten wird.“ So schreibt uns ein oberfränkischer Ortsvereinsvorsitzender. Sehr richtig bemerkte auch die „Korr.“-Redaktion in Nr. 97 vom 26. August gelegentlich der Besprechung des Verbandsjahresberichts über 1918, „daß unsere Organisation noch nicht so in die kleinsten Provinz- und kleinen Landorte eingedrungen ist, wie es in der allgemeinen Annahme besteht“. Es wird dann betont, „daß der Verband noch viel zu tun hat, um in seiner ortsweisen Ausbreitung den tatsächlichen Verhältnissen näher zu kommen“.

Diese kritisierten Verhältnisse bestehen im Gau Bayern, besonders Nordbayern, bis aufs Näpfechen über dem i, sie lassen sich aber nur beseitigen durch Teilung desselben in einen Gau Südbayern mit dem Sitz in München und in einen Gau Nordbayern mit dem Sitz in Nürnberg, wobei die Donau die Grenzlinie bilden könnte. Dem Gau Nordbayern würde dabei allerdings in agitatorischen Aufgaben die Hauptarbeit aufgebürdet werden. Daß in Bayern noch sehr viel Pionierarbeit für den Verband und den Tarif zu leisten ist, dafür zeugt auch eine Auslassung des feinerzeitigen Provinzpalastkreisvertreter J. B. Groß in Nr. 2 der „Mitteilungen des Kreises V (Bayern) des Deutschen Buchdruckervereins“ vom Februar 1919. Er schreibt da:

Schwere Klagen laufen bei mir ein über die durch übermäßige Einstellung von Lehrlingen in vielen Druckereien in Bayern gestifteten Mißstände. Es sind mir eine ganze Reihe von Fällen namhaft gemacht, bei denen, um Beispiele anzuführen, auf 2 Gebillen 4 Lehrlinge, auf 6 Gebillen 7 Lehrlinge, auf 2 Gebillen 4 Lehrlinge, auf 1 Gebillen 8 Lehrlinge! u. a. m. eingestellt sein sollen. War schon die Lehrlingsausbildung innerhalb der Zeit des Krieges eine höchst mangelhafte, so müssen Zustände, wie die bei mir zur Anzeige gelangten, von deren Richtigkeit ich mich sofort überzeugen werde, geradezu als verwerflich bezeichnet werden. Wohin soll unser Gewerbe gelangen, wenn derartige Zustände sich einbürgern würden! Es wird nicht nur Aufgabe der Tarifinstanzen sein, gegen diese Lehrlingszuchtereien mit allem Nachdruck einzuschreiten, auch Regierung und Handwerkskammern müssen veranlaßt werden, nach dem Rechten zu schauen, wollen wir nicht Gefahr laufen, daß

unser Gewerbe, das sowieso notleidend geworden ist, ausgründe gerichtet wird.

München liegt geographisch ungünstig und die Bahnverbindung in die nicht an der Hauptverkehrsader liegenden Hinterländer ist schlecht infolge der vielen Abzweigungen und unklarer Anschlüsse, und daher auch ungemein zeitraubend. Und sind sich dürfte der Gau Bayern im Verlande der Deutschen Buchdrucker räumlich der größte sein. Durch diese miserablen Verkehrsverhältnisse und die räumliche Ausdehnung des Gaues wurde die Agitation bis jetzt ganz bedeutend erschwert, zum Teil sogar unmöglich gemacht. Eine jährlich mehrmalige intensive Durcharbeitung des ganzen Gaues ist aber sehr vorzuziehen — nicht nur bei besonderen Organisations- oder tariflichen Anlässen —, um das Interesse an der Organisation bei den abseits liegenden kleinen Ortsgruppen zu wecken und zu heben, den Mitgliedern persönlich näher zu treten und sie so zugänglicher zu machen für eine ungeschminkte Klarstellung der organisatorischen und tariflichen Verhältnisse in ihren weltabgelegenen Druckorten. Da dies zu aufreibend für einen Mann und von München aus auch zu kostspielig für den Gau ist, wäre eine Zerteilung des Gaues für die Kollegen von größtem Vorteil. Als welkstes Argument kommt noch hinzu, daß die „Provinz“ nicht früher unterrichtet werden darf, die nicht die Münchner Mitgliedschaft ihr Bestes abzugeben hat.

Diese Verhältnisse sind, wie gesagt, unhaltbar. Es muß eine Änderung eintreten. Die Kollegen in den äußersten Winkeln des Landes haben nicht nur das gleiche Recht auf Unterrichtung und Aufklärung in allen Dingen organisatorischer und tariflicher Natur wie die Kollegen Münchens, sondern sie sind deren auch weit bedürftiger. Daß die schriftliche Unterweisung allein nicht genügt, weiß jeder Kollege, der sich mit Agitation befaßt hat. Da aber die beregten Mißstände sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht beseitigen lassen, bleibt — da eine Zerteilung für Bayern nicht in Frage kommt — nichts andres übrig, als eine Teilung des Gaues anzustreben.

Wir unterbreiten die Angelegenheit hiermit der Kollegenchaft des Gaues Bayern und ersuchen sie, ebenfalls wie wir das Für und Wider zu prüfen, um eine klare Stellungnahme auf dem der Verbandsgeneralversammlung vorausgehenden Gaueingangsbesprechung, Alles Persönliche hat bei der Frage auszuschließen, nur das Sachliche soll zum Nutzen unserer Organisation und des Gaues erörtert und geprüft werden, damit für die Kollegenchaft Gutes daraus entspringt.

Die Vorstandschef der Mitgliedschaft Nürnberg.  
J. A. Gustav Weismühl.

### Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Die Lage der Faktoren und die Vertragsgemeinschaft

Die auf den 12. Oktober nach Frankfurt a. M. von der Freien Faktorenvereinigung für den Tarifkreis III und vom Kreise III des Faktorenbundes einberufene All-gemeine Faktorenerversammlung war, wie nicht anders zu erwarten war, sehr zahlreich besucht. Auf der Tagesordnung stand das zwischen den beiden Verbänden vereinbarte Thema: „Die Lage der Faktoren und die Vertragsgemeinschaft“.

Die Versammlung wurde von dem Kollegen Diegel mit Begrüßungsworten eröffnet. Nach der Wahl des Bureaus erhielt als Referent für die Vertragsgemeinschaft Kollege Ruhn das Wort. Zu Beginn seines Referats wies er aus, daß er nicht in dieselbe Kerbe bauen wolle wie der Berichterstatter des „Korr.“ über die Versammlung der Verbandsfaktoren vom 7. September. Dieser Bericht wie auch die verschiedenen Artikel im „Korr.“, die im Laufe dieses Sommers erschienen sind, hatten es ihm besonders angehen. Er blieb sich selbst nicht treu, indem er nicht nur über den letzten Artikel schimpfte, sondern über den Verband im allgemeinen und über die Faktoren, die noch im Verlande sind, im besonderen herfiel. Seiner Meinung nach sei es ein Unbild für einen Faktor, Verbandsmitglied zu sein. (Dabei waren mindestens drei Viertel der Anwesenden Verbandsmitglieder!) Nach seiner Meinung bleiben nur deshalb so viele Faktoren im Verlande, weil sie eventuell wieder die Gehilfenlaufbahn einschlagen müssen. (Eine Annahme, die jeder einsichtige Faktor als richtig anerkennen wird.) Der Verband habe nicht das Recht, in die Geschäfte des Faktorenbundes

blinzeln zu sprechen. Nur ganz freie und neutrale Faktoren könnten vorwärts kommen. Aus diesen und ähnlichen Ausführungen bestand der Vortag über die Vertragsgemeinschaft. Zum Schluß meinte der Redner, die Vertragsgemeinschaft könnte eventuell unter Wahrung der Selbstständigkeit in die Tarifgemeinschaft übergeführt werden. Über das müßte er sich noch ganz entschieden verhalten, daß der Faktorenbund eine große Gewährlichkeit sei. In unsern Kampf sollte der Kaufmannschaft gelten, die sich in unserm Gewerbe breit mache, und nicht der Selbstverleugung.

Als Korrespondent führte Kollege Hohmann von der Freien Faktorenbundvereinigung aus, daß auch wir keine Zersplitterung wollten; wir wollten alle Kräfte zusammenfassen, um gegen die Vertragsgemeinschaft Sturm zu laufen. Häufig sah der Faktorenbund schon lange auf den Standpunkt gestellt, daß die Vertragsgemeinschaft nicht das sei, für das sie geschaffen wurde, so wäre es nicht notwendig gewesen, die Freie Faktorenbundvereinigung zu gründen. Daß die Vertragsgemeinschaft verwindlich müsse, dafür sei in Süddeutschland schon lange eine Bewegung vorhanden gewesen. Die Freie Faktorenbundvereinigung lasse nicht locker, bis aus der Vertragsgemeinschaft eine Tarifgemeinschaft geworden sei. Als Kampfgemeinschaft wollten wir gehen und dadurch unsere Lage bessern und nicht durch Gehen und Willen. Des Nachts zu fordern, stünde auch den Faktoren zu. Er sei der Meinung, daß, wenn es ginge, auch der Verband den Faktoren gegenüber voll und ganz seine Pflicht tun würde. Um eine Verbindung des Faktorenbundes herbeizuführen, müßten sich aber in erster Linie die Faktoren selbst rühren. Er forderte zum Schluß alle Verbandsfaktoren auf, als Mitglied der Freien Faktorenbundvereinigung beizutreten, die die einzig richtige Organisationsform sei.

Als erster Redner in der Diskussion nahm der Vorsitzende der Freien Faktorenbundvereinigung, Kollege Schlotterbeck, das Wort. Er sah das Kollege Ruhen über die Vertragsgemeinschaft gesprochen habe, hätte er drei Viertelstunden auf den Verband und die Verbandsfaktoren geschimpft. Er sage: Weg mit der Vertragsgemeinschaft, die in ihrer heutigen Gestalt nichts anderes sei als eine zwischen den Führern des Faktorenbundes und dem Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins geschlossene Mißgeburt! Die Vertragsgemeinschaft lasse sich aus zehn Paragraphen zusammen, aber in keinem einzigen lasse etwas von einer Befreiung in bezug auf Lohn bzw. Gehalt usw. Viele Prinzipale schelten überhaupt noch keine Kennnis davon zu haben, daß eine Vertragsgemeinschaft existiere, und wenn sie es wüßten, so hielten sie sich doch nicht daran, was ganz besonders bei den Feuerzungen in die Erscheinung getreten sei, denn viele Kollegen erblickten diese nicht in der Höhe, wie sie für die Faktoren angelegt seien. Stünde an Stelle der Vertragsgemeinschaft die Tarifgemeinschaft, so wären die Faktoren weit besser gestellt. Nur mit dem Verband könnten die Faktoren etwas erreichen; mit Hilfe des Faktorenbundes seien sie macht- und rechtslos. Deshalb hielten in die Freie Faktorenbundvereinigung, die nicht billen, sondern fordern werde! Wenn Kollege Ruhen meine, ein Faktor könne kein Verbandsmittglied sein, so sage er ihm, daß, wer nach dem Grundsatze „Tue recht und scheue niemand“ verfähre, sehr wohl Mitglied des Verbandes sein könne, ohne seine Pflichten gegenüber dem Geschäft zu verletzen. Man verlange oft von dem Faktor den Austritt aus dem Verbande, das habe aber nur den Zweck, um ihn zu kassieren und schließlich zu machen. Was dem Prinzipal recht sei, wäre dem Faktor billig. Der Prinzipal organisiere sich im DDBV oder im Arbeitgeberverbänden, im Zeitungsverlegerverband oder neustens noch im Arbeitgeberverbände für das Zeitungsverlegergewerbe, warum solle der Faktor sich nicht organisieren, wo er wolle? Wir sind der Meinung, daß kein Prinzipal das Recht habe, nach der Organisationszugehörigkeit des Faktors zu fragen. Dies hätte unbedingt in erster Linie in der Vertragsgemeinschaft zum Ausdruck kommen müssen oder zum mindesten in dem Normalanstellungsverträge. Mit diesem Anstellungsverträge sei es auch zu eine Sache. Den Vertrag, den der Prinzipal vorlege, könne der Faktor nicht unterzeichnen und umgekehrt unterzeichne der Prinzipal den nicht, den ihm der Faktor vorlege. Um einen Vertrag zu machen, habe man früher die Vertragsgemeinschaft nicht gebraucht und brauche sie heute noch nicht. Wir verlangen unbedingt eine Revision der Vertragsgemeinschaft, die zur Tarifgemeinschaft führen müsse. Würde die große Mehrheit der Faktoren ihren Standesbündel fallen lassen und mehr Standesbewußtsein zur Schau tragen, so würde es um den Faktorenbund weit besser bestellt sein. Die Faktoren würden sich in keiner Weise etwas vergeben, wenn sie noch gewerkschaftlich fühlten und sich als Spezialorganisation dem Verband anschließen. Nur durch die Masse wären sie eine Macht, durch Sonderbündel dagegen machtlos. Zum Schluß schlug Redner nachstehende Resolution vor:

Die am 12. Oktober 1919 in Frankfurt a. M. tagende Allgemeine Faktorenbundversammlung ist einseitig der Ansicht, daß die zwischen dem Deutschen Faktorenbund und dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossene Vertragsgemeinschaft den Faktoren nicht das gebracht hat, was für sie vor allen Dingen nöthig ist. Sie protestiert ganz entschieden gegen den fernerseitig einseitig zustande gekommenen Vertrag, der der Allgemeinheit in keiner Weise Rechnung trägt. Die Faktoren haben durch diesen Vertrag lediglich Pflichten auferlegt erhalten, während die Gegenseite sich von diesen befreit hat. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen und beiden Seiten gerecht zu werden, fordern wir unbedingt die Aufnahme von „Sonderbestimmungen für die Faktoren“ in den Tarif der Deutschen Buchdrucker. Damit dieses erreicht wird, verlangt die Versammlung, da der jetzt gültige und unter Irregulärvorläufen zustande

gekommene Vertrag noch bis 1923 läuft, eine Revision desselben, die sobald als möglich stattfinden muß. Das Recht, an dem Abschluß dieser Sonderbestimmungen mitzuwirken, haben die Vertreter derjenigen Faktorenbundorganisationen, die dafür in Betracht kommen. Jedoch ist Bedingung, daß die dafür anzusetzenden Vertreter auch wirklich im Bereiche lüßige Faktoren sind.

Die „Sonderbestimmungen für die Faktoren“ sind unbedingt dem Tarif der Deutschen Buchdrucker als Anhang beizufügen.

Kollege Gault traf Ruhen ebenfalls entgegen, der auf die Faktoren, die Verbandsmittglieder seien, gewissermaßen geschimpft habe. Auch als Verbandsmittglied könne man geschäftlich seine Pflicht voll und ganz erfüllen. Kollege Ober (Ulmburg) äußerte sich erkant über die Verhältnisse unter den Faktoren in der Großstadt. Auch er sei der Meinung, daß ein Faktor, der Verbandsmittglied ist, seinen Mann stellen werde. Die Fortführung der Geschäft für die Faktoren wäre eine schöne Sache, er glaube jedoch nicht an ihre Durchführbarkeit. Kollege Hiescher (Offenbach) meinte, Ruhen habe in richtigem Beamtenbühnel gesprochen. Die Faktoren müßten die Zeit genau so wie die Gehilfen begreifen. Wer hätte früher an einen Bankbeamtenstreik gedacht! Durch den Bund könne keine Besserung der Lage der Faktoren erfolgen, denn der Geist innerhalb des Faktorenbundes sei dem im Wege, auch hätten sie an diesem keinen Anhalt. Der Faktor dürfe nicht vorgeliebt sein. Kollege Diegel, Kreisvorsitzender des Faktorenbundes, verlas ein Schreiben aus Weipolzer Prinzipalstreifen über alle und durchzubehaltende Faktoren. Mit Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis. Kollege Sauben (Stasselt) freute sich über den zahlreichen Beifall der Verammlung; früher sei das nicht so gewesen. Man sei nicht so ohne weiteres in die Vertragsgemeinschaft hineingegangen. Man solle erst abwarten, was uns dieselbe bringe. Auch die Tarifgemeinschaft ließe auf schwankendem Boden. Im Bunde habe der Faktor doch einen Anhalt. Kollege Braum vom Frankfurter Bezirksvorstande des Verbandes wandte sich gegen den Geist im Faktorenbunde. Faktoren mit dem vom Kollegen Schlotterbeck angeführten Grundsatze „Tue recht und scheue niemand“ könnten ihrer Pflicht nachkommen, ob sie Verbandsmittglieder wären oder nicht. Er begrüße die Gründung der Freien Faktorenbundvereinigung und wünsche ihren Siegeslauf über ganz Deutschland. Am besten könnten wir nur durch Angliederung an die Tarifgemeinschaft vorwärts kommen. Kollege Höbner meinte ebenfalls, daß Ruhen betreffs seines Ausspruchs über die Verbandsfaktoren weit über das Ziel hinausgeschossen habe. Unser Hauptkampf müßte den sich in unserm Gewerbe breitmachenden Kaufleuten gelten. Kollege Wacker: Es gäbe genug Mitglieder bei den Faktoren, die sich nicht selbst kassiert hätten. In welche Lage komme der Faktor durch des Betriebsirrtümers? Gewerkschaftsmittglied Hoffmann: Der Verband werde sich in jedem Fall auch hinter die Faktoren stellen. Die Tarifgemeinschaft würde für die Faktoren auch ohne den Bund kommen. In Frankfurt seien grobe Geschäfte, die von Sachleuten und nicht von Kaufleuten geführt würden, und trotzdem hätten Unterbteilungen vor. Auf eine Anfrage führte Kollege Schlotterbeck aus, daß die Freie Vereinigung in erster Linie den rücksichtslosigen Geist des Faktorenbundes bekämpfe. Sei der Bund bereit, für die gleichen Forderungen wie sie zu kämpfen, so könne eine Zusammenarbeit nur von Nutzen sein. Kollege Ober erwähnte, daß schon vor zehn Jahren eine Bewegung eingeleitet habe, die bezwecke, alle Verbandsfaktoren auszuscheiden. Kollege Winkel stellte die Frage: Wie befehlen wir die Tarifgemeinschaft? Beide Vereinigungen müßten diebezüglich geschlossen an die Prinzipale herantreten. Kollege Winkel wunderte sich darüber, daß die Faktorenbundvereinigung nicht nur um 60 Mk. erhöht wurde, während die Maschinenleher eine solche von 65 Mk. erhalten. Der Faktor müßte mindestens ebensoviel wie die bekommen.

Da Schluß beantragt und beschlossen wurde, so erhielten nur noch die beiden Referenten das Wort. Kollege Ruhen hätte vorausgesetzt, daß er mit seinen Ausführungen von vielen Seiten bekämpft würde. Schon lange vor andern sei er für die Tarifgemeinschaft eingetreten. Er könne nicht begreifen, daß Worte wie Nadergehörig gefallen seien. Kollege Hohmann will endlich Fakten leben. Wir sollten nicht warten bis 1923, sondern jetzt müßte etwas geschaffen werden. Er forderte die Anwesenden auf, die vom Kollegen Schlotterbeck gestellte Resolution anzunehmen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde diese Resolution gegen nur sieben Stimmen angenommen. Kollege Gault schloß jedoch mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker die Versammlung. Sch-ck.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Erst nachträglich erfahren wir aus einer Dankagung im Wiener „Vorwärts“, daß Kollege Joseph Dvoracek, der langjährige Sekretär unseres österreichischen Bruderverbandes, Mitte Oktober sein großes Berufs-Jubiläum beging. Mannigfache Ehrungen wurden dem um die Entwicklung der österreichischen Organisationslehre verdienten Mann aus seinen Kollegenkreisen bereitet. Auch wir drücken dem Veteranen der Arbeit im Geiste die Hand und wünschen ihm Gesundheit und Kraft zur Bewältigung der wichtigen Aufgaben, die ihm die österreichische Kollegenchaft vertrauensvoll übertragen hat.

**Schweden.** Die Gehilfen der Sektion Chaux- und Fonds-De-Neve haben sich mit dem Alldörfer Abkommen betreffs der

neuen Lohnregulierung nicht einverstanden erklärt und haben neue Forderungen an die Prinzipale gestellt, die diese unter Verletzung auf die Gehilfen des Berufs-Jubiläum abgelehnt haben. Das Central-Komitee des Verbandes stellte sich gleichfalls auf den Boden der Verurteilung und der Verbandsstatuten; jedenfalls von der richtigen Ansicht ausgehend, daß es nicht angehe, daß jeder Gehilfen ohne weiteres die Beschlüsse des Berufs-Jubiläum misachte. Da die Gehilfen trotzdem ihre Solidarität eingeleitet und die Arbeit niedergelassen hatten, kam die Sache vor das Einigungsamt. Dieses hat am 13. Oktober getagt und einen die Gehilfen ins Unrecht setzenden Entschluß gefaßt, dahingehend, daß die Sektion Chaux- und Fonds-De-Neve des Syngraphenbundes verpflichtet wird, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, da die eingeleitete Solidarität eine schwere Verletzung der Alldörfer Vereinbarung und damit der Berufsordnung darstelle. Sollte die Arbeit nicht bis spätestens Dienstag, den 14. Oktober, mittags, wieder aufgenommen worden sein, so sind die „sehzbaren“ Gehilfen bis auf weiteres als nicht berufstätig erklärt und dürfen von keiner berufstreuen Firma beschäftigt werden. Die Arbeitsnachweise werden angewiesen, in diesem Falle für Ersatz zu sorgen. Mit der Nichtberufstätigkeitserklärung der Gehilfen von Chaux- und Fonds-De-Neve ist als unausbleibliche Folge deren Ausschluss aus dem Syngraphenbunde verbunden. Die Wiederberufstätigkeitserklärung der sehzbaren Gehilfen kann vom Vorstande des Einigungsamts ausgesprochen werden, aber nur gegen eine Gebühr von 50 Kr. für jeden Gehilfen.

Nach Mitteilungen der schweizerischen Tagespresse ist die Gehilfenchaft in La-Chaux-de-Fonds und Le Locle dem Entschlusse des Einigungsamts in Oten vom 13. Oktober reiflos nachgegeben und hat die Arbeit am 14. Oktober, nachmittags 2 Uhr, wieder aufgenommen. Am 11. Oktober hielt an der Wiege des schweizerischen Buchdrucks, in Basel, der Schweizerische Buchdruckerverein (Prinzipalverein) seine 50. Generalversammlung ab. An der Versammlung nahm auch der einzige noch lebende Gründer des Buchdruckervereins teil, Herr Jolliker-Wirb aus St. Gallen, ein Buchdrucker von altem Schrot und Korn. Außer der Statutenrevision gab das Verhältnis zwischen den schweizerischen Papierfabrikanten und den Buchdruckern Anlaß zu einer Aussprache. An die Tagung schloß sich eine Jubiläumfeier sowie ein Festbankett.

Die Konditionstosenziffer bewegt sich wieder in aufsteigender Linie und beträgt jetzt bereits 249, worunter 117 Sand-, 8 Maschinenleher, 116 Maschinenmeister.

**Silbrowaker.** Unter dem Titel „Syngrapha“ erscheint seit kurzem in Preßburg ein amtliches Organ der graphischen Berufe in der Slowakei, und zwar in drei Sprachen (Slowakisch, Ungarisch und Deutsch). Es soll das organisierte Bindeglied werden zwischen den einzelnen Kollegengruppen in der Slowakei. In einem Aufrufe des zur Wahrung der Organisationsinteressen eingesetzten Dreizehnerkomitees wird darauf hingewiesen, daß durch die Infolge der staatlichen Umwälzung herbeigeführte Abtrennung von der ungarischen Zentrale in Budapest bei vielen Kollegen das gewerkschaftliche Bewußtsein erlahmt sei. Das Restoren der Verbandsbeiträge sei zur Gewohnheit geworden. Der Aufruf schließt: „Kollegen der Slowakei! Wir müssen uns zusammenschließen, jedes geringe Mißtrauen muß aus unsern Reihen schwinden, jeder separatistische Gedanke unterdrückt werden, nur so wird es möglich, wieder zu erreichen, was wir schon befehlen haben, die Kraft, uns wirtschaftliche Positionen zu schaffen und die Sicherung unserer schon erworbenen Rechte in der Organisation.“

**Schweden.** Infolge des unbefriedigenden Ausgangs der Tarifbewegung ist es zu Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern des schwedischen Verbandes gekommen. Nun hat eine Anzahl von Ortsvereinen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung gestellt. Der Antrag wurde vom Vorstand einer Abstimmung unterworfen.

**Norwegen.** Die am 23. September über alle Arbeiter der graphischen Berufe verhängte Ausperrung dauerte nur eine Woche. Am 29. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem wegen des Konflikt der Buchbinder, der von den Unternehmern zur Ursache der Ausperrung geltend gemacht wurde, ein schiedsrichterlicher Einigungsvertrag zur Annahme gelangt war. Der neue Tarif bringt den Buchbindern erhebliche Lohnaufbesserungen und Ferien. Die Setzungen in Afrika und verschiedenen andern Städten gingen, wie bereits von uns berichtet, durch Austritt aus dem Arbeitgeberverbande der drohenden Arbeitsentlassung aus dem Wege. In Bergen kam es zu Ausschreitungen, weil Faktoren usw. verurteilten, eine sogenannte Normalsetzung, ein kleines gemeinsames Wochenblatt „Bergenske Fäll-Blade“, herauszubringen. Die von der Zentralorganisation der norwegischen Gewerkschaften angeordnete Verhinderung des Empfindlichkeits der gelanten Arbeiterchaft wurde infolge der Aufhebung der Ausperrung im graphischen Gewerbe nicht zur Tallache. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Gewerkschaft des norwegischen Arbeitgeberverbandes erfreulicherweise Schlußbruch gelitten hat infolge der musterhaften gewerkschaftlichen Disziplin der Arbeiter.

Der norwegische Verband hat den Beitrag um etwa 75 Proc. erhöht, hauptsächlich infolge der steigenden Ausgaben für die Krankenkasse.

Der Beschäftigungsstand im nordwestlichen Buchdrucker-Gewerbe ist gegenwärtig ein guter, jedoch ist es wegen Wohnungsmangels unmöglich, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen.

**Holland.** Der „Bredaer (wilde) Streik“ unter dem holländischen Buchdrucker, dessen Ursache und Verlauf in Nr. 112 ausführlich geschildert wurden, hat die Ver-





## Volkswirtschaft

### Das privatkapitalistische Unternehmerproblem

Unsre Betrachtungen über „Freiheit“ oder „Zwang“ in Nr. 67 haben schon einige Schlaglichter auf den Begriff „Unternehmergeist“ geworfen, von dessen Freiheit oder möglichst ungehinderter Entfaltung auch sehr wieder besonders von den Gegnern einer praktischen und nicht nur theoretischen Sozialisierung für eine Geländung der deutschen Volkswirtschaft die richtigen Bilder vorgetragen werden. In einer Umwandlung der bisherigen Wirtschaftsauffassung in eine auf den tatsächlichen Güterbedarf der gesamten Gemeinwirtschaft erhaltende, die Herren eine Erdbroterzeugung jeder Unternehmung, nicht den völligen Bankrott aller menschlichen Gütererzeugung. Das aber gerade die bisherige „benutzte“ Wirtschaftsordnung mit ihrer Freiheit und Überhebung des Unternehmertums zu einem noch nie dagewesenen Bankrott produktiver Gütererzeugung in kürzester Zeit geführt hat, sehen diese sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler nicht ein. Sie feilschen und jammern über den Krümmen der deutschen Volkswirtschaft wie die biblischen Sargen vor dem Sarg; aber einzusehen, daß ein solcher Bankrott den Unternehmertum als Führer der bisherigen Wirtschaftsordnung als wirtschaftspolitischen Anknüpfung hat dazu geführt, ist eine Selbstkenntnis. Eine solche erbliche Selbstkenntnis geht von vornherein über den Horizont des Unternehmertums.

Se näher die Möglichkeit rückt, daß die kommende Wirtschaftsordnung auf wesentlich andere Grundlagen gestellt wird, und zwar nach den Grundrissen einer konsequenten Sozialisierung, um so lauter erkant in der ganzen bürgerlichen Presse und allen nur erdenklichen Säulen privatkapitalistischer Abhängigkeit das hohe Lied vom unerlöschlichen und unüberwindlichen Unternehmertum, ohne das alle Zukunftswirtschaft zum Stillstande, Ruin, Stillstand und gar zum Tode verurteilt sei. Das aber gerade der vor dem Kräfte der typisch und treibhausartig in die Jahre geworfene Unternehmertum blühenden der Kriegskatastrophe und damit seinem Debacle zutrieb, das sich mit allen nur erdenklichen „wissenschaftlichen“, „ethischen“ und „nationalen“ Phrasen zu verwickeln oder zu verteidigen. Die ganze bürgerliche Ideologie ist auf dieses „Nationalismus“ abgestimmt, nur nicht auf das, was der einzelne gesunde Menschenverstand mit zwingender Logik in der ganzen gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes beinahe handgreiflich erkennen kann und mit klaren Schlägen auf den Wagen prallend täglich zu fühlen bekommt. Es wird daher höchste Zeit, daß wir auch dieser Frage eine noch kräftiger klingende Schelle umhängen und sie noch deutlicher als bisher in ihrer ganzen Größe und Hinterlist den mit uns leidenden Volks- und Arbeitsgenossen vor Augen führen. Bevor wir jedoch das anerkennen praktischen Beispiel aus der fast unerschöpflichen Fülle privatkapitalistischer Wirtschaftsgemeinschaften nachweisen, wollen wir noch eine zeitgemäße theoretische Bekämpfung des Begriffs und des Wesens des Unternehmertums vornehmen.

Ein Unternehmer ist seit aller Zeit ein homo profitans, der es unternimmt, mit Hilfe und auf Kosten anderer Leute aus Geld oder Geldeswert mehr Wert in Geld und Gut herauszuwickeln. Der profitliche Herr bringt aber das niemals allein fertig; er braucht dazu andre Menschen. Wäre der Herr Unternehmer allein auf der Welt, so hätte Geld für ihn gar keinen Wert; denn es wäre niemand da, der ihm für Geld etwas gäbe oder abnähme. Er hätte überhaupt kein Geld nötig, und sein Unternehmertalent müßte sich darauf beschränken, danach zu trachten, daß er selbst nicht verhungert oder sonstwie kein höchst einseitiges Leben erduldet, d. h. er müßte lauer arbeiten. Nur das Vorhandensein anderer Menschen: ebnen ihm die Möglichkeit, die Arbeit anderer Menschen zu kaufen oder zu verkaufen. Würde er aber für seine „Eigentumswerke“ nur so viel Gegenwert erhalten, als er selbst dafür hinlegt, so hätte das „Geschäft“ für ihn gar keinen Reiz; es wäre nur ein einfacher Tausch. Er würde nicht reicher und nicht ärmer dadurch. Aber der Unternehmertum beruht einzig und allein in der Fähigkeit, solche Möglichkeiten auszunutzen, die dazu führen, daß er für irgendeinen Wert einen größeren Wert erhält, als den er o. s. f. r. Diesen größeren Wert erhält er aber in der Regel nicht um seiner schönen Augen willen, sondern auf Grund eines Bedürfnisses oder einer mehr oder weniger großen physischen oder geistigen Notlage des Käufers oder Verkäufers. Eine freiwillige Aufopferung größerer Werte für geringere Werte gibt es nur in freudlichen Verhältnissen. Unter normalen Verhältnissen kann z. B. Jedermann mit geistigen oder materiellen Werten Geschäfte machen. Er kann geistige Arbeitskräfte verwenden als Lehrer und Erzieher geistig Schwächerer und sich für seine geistige oder körperliche Mühe materielle Unterhaltungswege für seine eigene Lebenshaltung geben lassen. Das allerdings auch nur, wenn sich jemand findet, der seine geistige Leistungsfähigkeit braucht und in Anspruch nehmen will. Ein legitimer Reiz legt ihm von Natur aus die Pflicht auf, auf diesem

Gebiete Fleisch von seinem Fleisch oder seine nächsten Angehörigen billiger und gerechter zu behandeln als fremde Menschen. Es fehlt zwar auch nicht an Menschen, deren Unternehmertum schon auf diesem Gebiete besondere Ausprägung hat. Doch spielen derartige Unternehmertum nur eine untergeordnete Rolle. Erfolgreichere sind solche soziale Armenhilfe heutejunge immer seltener geworden. Aber sie sind noch da.

Doch das nur nebenbei. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß ein Unternehmer von heute keinen größten Echarfsm in darin erbildet, möglichst viel mit materiellen Dingen zu verdienen. Denn je größer sein „Verdienst“ im Gegensatz zu seiner persönlichen Leistung ausfällt, um so genialer kräftigt sein Unternehmertum. Arbeit eines Unternehmertum stellt wie ein Pferd und erreicht trotzdem nur einen bestimmten Verdienst oder Mehrwert, so stellt in Unternehmertum, nicht nach der üblichen Konjunktur des Unternehmertum es auf unsterblicher Stufenleiter. Er steigt in der entsprechenden Stellung nur in entgegengelegtem Verhältnis zu der Höhe seines „verdienten“ Mehrwertes und der Wertigkeit seiner eigenen geistigen oder körperlichen Leistung. Je größer der Umfang dieser geistigen oder körperlichen Gegenleistung an anderer Menschen für einen Unternehmer und je geringer das eine Maß seiner geistigen und körperlichen Ausbreitung ist, trotzdem aber ein artiger „Verdienst“ für ihn ausfällt, um so genialer ist der Unternehmertum eines solchen Herrn im Maße der privatkapitalistischen Terminologie der bürgerlichen Wirtschaftsauffassung, und zwar nach „Treu und Glauben“!

Es ist nicht unsere Schuld, daß die Charakteristika des modernen Unternehmertums in Handel, Industrie und Finanzwelt so wenig freundlich und loyal klingen. Es liegt in der Vereinbarung mit der mehr sachlichen als persönlichen Wertung der menschlichen Arbeitskraft durch das „objektive“ und nicht subjektiv rechnende Unternehmertum von ebenaus und heute. Der Unternehmer sieht im Arbeiter zuerst ein Werkzeug seiner materiellen Interessen und erst durch den Zwang der Gesehgebung als Ausdruck der persönlichen Eigenheit des Arbeiters eines Menschen oder soziale Zeitgenossen. Es muß uns daher auch gestattet sein, den Unternehmer als „Verdiener“ oder Mehrwertverkäufer in erster Linie kennen zu lernen. Denn diese Gesellschaft macht ihn allein zum Unternehmer; legt er dies ab, so ist er ein Mensch schlechthin, ohne jede besondere wirtschaftliche Spezialität; es müßte denn sein, daß er seine Arbeitskraft in Reib und Glanz mit der Arbeiterklasse zu vererben sucht. Aber dann ist er eben ein Arbeiter und kein Unternehmer mehr. Und das Menschentum im Unternehmertum zeigt sich für uns in Deutschland nur in der Notwendigkeit wie auch in der Beschränktheit und Unzulänglichkeit der ganzen sozialen Gesehgebung. Die letztere ist die Grenzlinie zwischen Mensch und Unternehmertum. Sie scheidet sozialen Geist von krassem Materialismus, bildet aber trotzdem einen Platz zu „hohen Schutzwall“ gegen die millionenfache Ausbeutung menschlicher Kopf- und Handarbeit durch das Unternehmertum, das im Weltkrieg die blühende Strömung seines Tanges um das goldene Kalb sand und nun durch die Revolution seinem Zerfall und Marasmus entgegengeht.

Das ganze Geheimnis des sogenannten Unternehmertums liegt einzig und allein in den kaufmännischen Polegen Mehrwert und Profit. Sie bestimmen Treu und Glauben in rein materialistischer Aufmachung. Je treuer ein Unternehmer diesen kaufmännischen oder spekulativen Tendenzen huldigt und je weniger er sich von sozialen Bedenken lösen läßt, je höher der Taler in seinen Kalten springt, desto fester sein Glauben an die wunderbare Wirkung seines Unternehmertums. Je flatter und einträglicher dieses Treu- und Glauben gleiches ist, desto genievoller kommen sich die meisten dieser Herren vor. Sie sind wirtschaftliche Lichtgestalten, während Gesehgebungskosten und Preise ihrer „Waren“ nur ihre Schatten sind. Sie dunkeln diese Schatten, d. h. je ergebnisreicher die Gesehgebungskosten und die Warenpreise, desto glänzender strahlt das unerliche Unternehmertum. Das war schon vor dem Kräfte so, es wurde während des Kräftes nur noch toller und führte schließlich über die Revolution hinweg zu der jetzigen Salardarwirtschaft, die nur mit dem Ende des privatkapitalistischen „Unternehmertums“ ebenfalls ihr Ende finden wird. Das immer greller strahlende Licht des letzteren hat eben die Not und die Armut der menschlichen Arbeitskraft immer deutlicher beleuchtet und sie als das höchste Gut des Menschenschicks erkennen lassen, dessen Ausbeutung und Verhinderung das unbestrittene „Verbrechen“ aller Unternehmertums darstellt. Diese große Verletzung hat mehr und mehr erkennen lassen, daß in Wirklichkeit ja gar nicht die Unternehmertum es waren und sind, die den unangenehmen Aufstieg der menschlichen Gütererzeugung aufstehen gebracht haben. Leuchten der Wissenschaft, Chemiker, Techniker, Ingenieure und fleißige Handarbeiter waren und sind die eigentlichen produktiven Kräfte, denen der Aufstieg der Gütererzeugung in der Hauptsache zu verdanken ist. Der Anteil des Handels, der Kaufleute, der Finanzmänner und der Unternehmer auf höherer Stufenleiter an diesem Aufstiege hat nicht weniger Schatten- als Lichtseiten. Denn unzählige technische Erfindungen wurden durch sie eher

unterdrückt als gefördert, und heute noch kühlt sich ihre Preispolitik weniger auf die Seite des tatsächlichen Bedarfs als auf die Möglichkeit eines möglichst leichten und großen Verdienstes. Ihre Konjunkturpolitik kühlt sich nicht auf das Wohl des Volkes, sondern auf dessen Not. Kartell, Trust- und Ringpolitik sind Teile der Gütererzeugung und stellen meist eine schlimmere Zwangsverhältnisse dar als jene der Ringpolitik. Jeder günstigen Konjunktur steht immer eine Krise gegenüber; und die Leidtragenden sind die großen Volksmassen. In der „bewährten“ Wirtschaftsordnung kommt in der Regel nicht der Tüchtigste an die Spitze eines Unternehmens, sondern der Verleibteste, der Gewillkloseste.

Es gibt selbstverständlich auch tüchtige und wachere Menschen unter den Unternehmern; aber sie sind selten unter der Spitze der großen oder größten Werke. Eine Sardvoll gereifter Monopolist der Finanz- und Industriewelt war sich um Herrn der menschlichen Gesellschaft, distanzierte die Preise für die Waren, die Lohn- und Lebensbedingungen für die Arbeiter. Und die kleineren Unternehmer müßten ihnen nachahmen, sonst war es auch mit ihrer Herrlichkeit und „Selbständigkeit“ zu Ende. Dazu gehörte allerdings allerhand Genie, Abenteuerlust und — Rücksichtslosigkeit gegen andre Menschen. Aber gerade diese Entschaltung zeigt, wie überflüssig und kulturfeindlich der Privatkapitalist geworden ist.

Geleitpunkte solcher Zustände sind Erfindungen der neuen Zeit, die wir zur Bekämpfung unserer Darlegungen hier noch anschließen wollen. Schon seit längerer Zeit rückt sich z. B. die deutsche Schwerindustrie zum Kampfe gegen den neuen Zeitgeist, der ihre frühere Selbstherrlichkeit und uneingeschränkte Gewinnverteilung gefährdet. Dazu dient ihr eine geradezu hochverräterische Steigerung aller Preise für Rohstoffe. Viele haben so nach und nach eine fünf- bis sechsfache Steigerung der Friedenspreise erfahren, während die Arbeitslöhne in der Rohstoffindustrie höchstens um das Dreifache gestiegen sind. Dadurch wird die weiterverarbeitende Industrie mit einer Preiserhöhung ihrer Rohmaterialien belastet, die in die Milliarden geht und jede Konkurrenz mit dem Ausland einfach unmöglich macht. Seit Ausbruch der Revolution haben die Schwerindustriellen die Massenpreise um etwa 200 Mk. pro Tonne hinaufgeschraubt. Das Traurigste ist aber, daß diese Herren das Geld nach dem Ausland auch jetzt noch billiger verkaufen als im Inlande. Schon vor dem Kräfte hat dieses sogenannte „Lumpingehalt“ das deutsche Ansehen im Ausland geschändet; die Herren machen es aber jetzt gerade wieder so. Die Daimler Motoren-Gesellschaft hat in der letzten Zeit den Kurswert ihrer Papiere von 130 auf 233, also fast um das Doppelte, gesteigert; und dies trotz der ebenfalls wesentlich gestiegenen Arbeitslöhne. Die Gewinne dieser Herren steigen mit den Arbeitslöhnen durch eine ganz infame Preispolitik. Allgemein wird geglaubt, die Lohnforderungen der Arbeiter seien zu hoch. Seine gibt zu, daß eben diese Forderungen daraus ihre Berechtigung herleiten, daß das Großkapital selbst nach den reichen Gewinnen der Kriegszeit weiter mit brutaler Rücksichtslosigkeit die Politik der Höchstgewinne verfolgt. Dafür einige Beispiele aus letzter Zeit: Die Braunkohlenwerke und Brühlwerkfabriken (Eintracht A.-G., Aktienkapital 10 Millionen Mark) schlugen eine Dividende von 22 Proz. vor, allerdings weniger als in den zehn Vorjahren, wo sie meist 27 Proz., mindestens 24 Proz. getragen hatte. Auf der Generalversammlung erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Pelsche, die Kohlenindustrie stehe bei den fortgeschrittenen Lohnsteigerungen vor dem Ruin! Erst heute, am Tage der Generalversammlung, habe man eine Erhöhung des Mindestlohnes um 4 Mk. täglich gefordert. Gleichwohl wird die Dividende bei 22 Proz. belassen — man verzichtet auf besondere Rücksichtungen für die angeblich „drohende Gefahr“. Die Aufsichtsratsmitglieder aber streichen jedes Aktien 34126 Mk. für ihre aufstrebende Läßigkeit ein! In der Generalversammlung von Feld & Franke A.-G. (Aktienkapital 2 Millionen Mark) war das Jammern über die schwere Zeit so groß, daß man die armen Aktionäre mit 300000 Mk. in Gralkaffen stößen mußte — also man gibt ihnen wohlgerneht nicht neue 15 Proz. Dividende, sondern schenkt ihnen das Dividendenrecht auf die neuen Aktien, das im Laufe der Zeit viel mehr einbringen kann —, man wird es, obwohl das Geschäft völlig still liegt — schon irgendwo herauswirtschaften! Auch die Spiritfabrik A. G. Krüger der Not kommender Zeiten durch die aufstrebende Dividende von 25 Proz. und die Ausgabe von 300000 Mk. Gralkaffen, nachdem schon seit 1907 die Dividende nie unter 20 Proz. getragen hat. Erst vor kurzem hat das rheinisch-westfälische Kohlenhandwerk die Preise für eine Tonne Stechen um 10 Mk. erhöht, was die Bergarbeiter pro Mann und Schicht eine Lohnsteigerung von 2 Mk. erhalten haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß trotz der gesteigerten Arbeitsleistung immer noch mehr als eine halbe Tonne pro Schicht und Mann gefördert werden.

Ganze Spalten könnten wir noch mit solchen Beispielen füllen. Und noch früher wurde das Jammern, wenn wir in dem Morale der Gesehgebung der Kriegindustrie herumforschern wollten, aus der wir nur ein Beispiel anführen müßten, und zwar die Strick- und Seilerei-Gesellschaft. Zur das Jahr 1918 zahlte diese Gesellschaft auf jeden Ge-

schäftsanteil von 5000 Mk. einen Nettogewinn von 135000 Mark, also eine Dividende von 2600 Proz. Der Menschheit ganzer Sammer packt einen an, wenn man in der privatkapitalistischen Wespennester hineinschaut. Das unerfährliche Unternehmertum zeigt sich in diesem Zusammenhang als ein unerfüllbarer Wunsch, der aus der Not und dem Elende des deutschen Volkes neue und höhere Gewinne herauspreßt. Wo sind denn die vier- und fünffachen oder gar zehnfachen zweynfachen Lohnsteigerungen, die die unerschämten Preisverhöhnungen aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens reaktieren? Und wo ist das Unternehmertum, das dem einfachen Menschenverstand mit Recht begründlich machen könnte, daß seine Erfindung und seine geistige Kraft durch diese heillosen Zustände gerechtfertigt und bewiesen sei? Im Gegenteil, der deutsche Arbeiter kann mit Recht und Recht von einem Unternehmertum sprechen. Aber noch nicht genug damit. Die Auslandsucht der deutschen Kapitalisten in letzter Zeit, die massenhafte Verlegung von Filialen deutscher Unternehmungen in das angrenzende und weitere Ausland, die direkte Verlegung von deutschen Aulsträgen an die ausländische Industrie, und außerdem noch die finanzielle Verbrüderung ausländischer und inländischer Kapitalisten zur Ausbeutung der Not des deutschen Volkes in der Gegenwart usw. sind trennende Schandmale deutscher Unternehmungslust. Was fragen diese Herren nach Vaterland und Volk, die durch ihre Gewinn gier in Verbindung mit feigem Herrenrenten erst in das Blutbad des Weltkrieges gestürzt wurden. Mag das Vaterland zugrunde gehen, das rechte Unternehmertum trägt einen Pfifferling danach. Sein Vaterland ist diesseits wie jenseits der Grenzen nur sein Geldbeutel. Wer diesen unter die Lupe nehmen und prüfen will, ob sein Inhalt auch mit den Leistungen seines Inhabers gegenüber jenen der übrigen Volksgenossen im Einklange steht, der begeht ein hochverrätherisches Verbrechen gegen den privatkapitalistischen Unternehmertum, das ihn sicher auf Rad bringen könnte, wenn wir noch im Mittelalter leben würden. Das unerfährliche Unternehmertum vertritt keine solche Prüfung. Geschäftsgeheimnisse, Konkurrenzschutz und Privatkontos sind seine Schilde, hinter denen es seine ganze Mittelwelt zu täuschen sucht. Werden ihm diese Schilde heruntergerissen, so wird die Welt der ehrlichen und wirklich produktiven Arbeit nicht ärmer, wohl aber mindestens um ebensoviel reicher als ihr bis dahin in jedem einzelnen Fall die Mehrzahl stuppiger Unternehmungen durch die Fehler der bisherigen „bewährten“ Wirtschaftsordnung an unproduktiven Kosten auferlegt hat. Wirklich kluge und arbeitsfreudige Unternehmungsköpfe finden auch in einer sozialisierten Wirtschaftsordnung ihren hervorragenden Platz. Daher fürchten sich vor einer durchgreifenden Sozialisierung der menschlichen Willkürzeugung auch nur solche „Unternehmungen“, denen es im jetzigen Strome der Wirtschaftsumwälzung zu gehen droht wie dem bekannten Geisse, der auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß. Von denen keine Spur mehr und von Unternehmungen laßt sich noch weniger, weil eben nicht nur scheinbare, sondern tatsächliche Arbeit für Kapital wie Handarbeiter die Parole der Zukunft sein wird und sein muß!

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Offenburg.** In der Bezirksversammlung am 21. September widmete der Vorsitzende dem kürzlich verstorbenen Kollegen August Sechler, einem Mitbegründer des hiesigen Ortsvereins und damaligen ersten Kassierer, einen warmen Nachruf. Gehilfenvertreter König (Halle) erstallte Bericht über die Tarifausschüßung. Besonders betont wurde, daß der erzielte Erfolg ein äußerst beachtender zu nennen ist. In der Aussprache erkannten alle Redner die Tätigkeit der Gehilfenvertreter an, zufrieden mit dem Erreichten war jedoch niemand; von einigen wurde verlangt, daß unbedingt eine Aufhebung der Steuerzuschüsse und dafür eine entsprechende Festsetzung des Lohnes zu erstreben sei. Eine Entschließung wurde dann einstimmig angenommen, in der die Versammelten ihren Vertretern Dank abstatteten für die Verteidigung der Gehilfeninteressen, aber das Erreichte als sehr im Einklange stehend zu den gerade gegenwärtig immer mehr ansetzenden Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel erklärten. Sie protestierten gegen das ablehnende Verhalten der Prinzipale und erklärten, daß der Bezirksverein Offenburg geschlossen hinter den Forderungen der Gehilfenvertreter stehe.

**M. Düsselhof.** Die Monatsversammlung vom 13. September brachte einen Vortrag des Lehrers Adolf Jensen über: „Der Kinder Land; Bilder aus dem modernen Sprachunterricht“. Der Redner zeigte an Hand vieler Beispiele aus seiner Praxis, wie unbedingt nötig die Umgestaltung unserer heutigen Schule ist, damit das System der Einpackung bestimmter Themas verschwinde und an dessen Stelle die Schamarbeit trete, welche nur allein die Entfaltung aller Kräfte des Kindes fördern. Seine jahrelange Betätigung auf dieser Grundlage führte er den Anwesenden (es waren nämlich des Vortrags auch die Frauen der Kollegen eingeladen und zum Teil erschienen) vor Augen, und der reiche Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, wie sehr der Redner mit den Anschauungen der Versammelten übereinstimmte. Aufgenommen wurden drei Kollegen, einige zurückgestellt, da sie nicht anwesend waren. Sieben Kollegen wurden für die Gehworenenschaft vorgeschlagen sowie eine größere Anzahl Kollegen bzw. deren Frauen für die ehrenamtliche Tätigkeit als Massenpfleger sowie für andere soziale Funktionen. Denjenigen Kollegen, die im Januar zur Durchführung der vom Tarifausschusse bewilligten Zeu-

rungszulagen die Prinzipale erst durch Streik zu bewegen wußten und deren Lohnsaft eingeklagt werden mußte, jedoch auch vor dem Tarifamt mit ihrer berechtigten Klage keine Gnade fanden, wurden aus Mitteln der Ortskasse, da auch die Verbandskasse die Unterstützung verweigerte, die doppelte statistische Gemahrgeldestenunterstützung bewilligt. Dem Kreisbericht erstallte Kollege Würgens, wobei bemerkt werden soll, daß sich das Zentraler Unterhärte als selbständiges Komitee gebildet hat, um dem dortigen Unternehmertum besser die Spitze bieten zu können, da letzteres sich auf die englischen Boyonette stützt. Für die streikenden Kollegen des Wuppertals wurde die Zirkulation von Sammelblättern beschlossen. — Einem Antrag einer größeren Anzahl Kollegen folgend, wurde zum 18. September eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung einberufen, um zugunsten der streikenden Kollegen im Wuppertal eine Beitragserhöhung durchzuführen. Obwohl am selben Tage die Einigung dortselbst zustande kam, die Ausgaben jedoch grobe waren, wurde beschlossen, einschließlich dem Ergebnisse der Sammelblätter den Betrag von 4000 Mk. zu übermitteln. Um die dadurch notwendige Beitragserhöhung durchzuführen, soll die Oktoberversammlung als außerordentliche Generalversammlung stattfinden und der Punkt Beitragserhöhung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

**Freiburg i. Br.** Am 21. und 22. September tagte hier selbst eine vollständig besuchte Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Oberrhein unter dem Vorsitz des Kollegen Lindenlaub, der eingangs in kurzen Sätzen auf die allgemeine Lage im Verband und speziell im Gau einging. Aus dem Verlaufe der Diskussion war zu entnehmen, daß im Gau die neue Zulage (Mai) mit verschwindend kleinen Ausnahmen restlos bezahlt wird; es mußte aber auch mit Zubauern festgelegt werden, daß mancherorts die Kollegen nicht das nötige Rüdigrat besitzen, ihr tarifliches Recht geltend zu machen. Bezüglich der neuen Zulage wie anderer brennender Fragen einigte sich die Konferenz auf folgende Entschließung: „In der Frage der Steuerzuschüsse steht die Bezirksvorsteherkonferenz auf dem Standpunkte, daß die vom Tarifauschuss am 1. Oktober d. J. zur Einführung gelangenden erhöhten Zulagen restlos ohne Kürzung im ganzen Gau Oberrhein zur Durchführung zu bringen sind. Sollten die wirtschaftlichen Verhältnisse durch weitere Erhöhungen der Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsartikel es mit sich bringen, daß die Gehilfenschaft gezwungen wird weitere Lohnerböhrungen zu fordern, verlangt die Konferenz vom Verbandsvorstande die energische Wahrung der Interessen der Mitglieder durch zeitige Antragstellung beim Tarifamt. In Bezug auf die Unterführungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität fordert die Konferenz den Verbandsvorstand auf, sofort eine mindestens 100prozentige Erhöhung derselben herbeizuführen unter entsprechender Beitragserhöhung, da die jetzigen Sätze in keinem Verhältnis zum notwendigen Unterhaltminimum stehen. Die Konferenz beschließt einstimmig, bei eintretender Verkürzung der Arbeitszeit im Falle von Arbeitsmangel, Gas-, Strom- oder Strohmanangel zu verlangen, daß dort, wo sich Schmalzeiten befinden, auch die Maschinenarbeiter bei der Arbeitszeitverkürzung mit in Betracht kommen. Wo verkürzt gearbeitet wird oder Entlassungen vorkommen, erwartet die Konferenz von der Solidarität jedes einzelnen Kollegen Ablehnung jeder Abeitzeitarbeit seitens der Fund- und Maschinenarbeiter mit Ausnahme ganz unvorbelegener kleinerer Ausfälle. Bei der bevorstehenden Regelung der Sozialzuschüsse fordert die Konferenz, daß die industriellen Provinz- und die Kurdruckorte zum Ausgleich für die jetzige geringere Erhöhung der Steuerzuschüsse mit einem entsprechenden Sozialzuschlag befreit werden.“ Anschließend empfanden wurde eine Abmachung der Prinzipale Badens auf einer Versammlung in Offenburg dabingehend, daß den Lehrlingen keine Ferien zu gewähren seien. Die Ansicht der Konferenz gibt nachstehende Entschließung wieder: „Die Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Oberrhein nimmt Kenntnis von einer Versammlung der Buchdruckerelbisher Badens in Offenburg welche beschlossen hat, den einstimmigen Beschluß des Tarifausschusses, den Lehrlingen im Buchdruckgewerbe noch in diesem Jahr einen achtstägigen Erholungsurlaub zu gewähren, nicht zur Ausführung zu bringen. Die Bezirksvorsteherkonferenz protestiert energisch gegen einen solchen Beschluß und verlangt, daß das Tarifamt überall dort eingreift, wo dem Beschluß des Tarifausschusses nicht nachgekommen wird und die Prinzipale auf das tarifwidrige Verhalten hinweist. Es muß bei solchen Beschläßen jedem Prinzipal überlassen werden, den Beschläßen des Tarifausschusses nachzukommen oder nicht, und dürfen die Prinzipale nicht durch einen Beschluß ihrer Organisation gezwungen werden, die Beschläße des Tarifausschusses nicht zur Durchführung zu bringen.“ Auch den Wünschen der Maschinenarbeiter kam die Konferenz entgegen, indem sie die eingereichte, nachstehend folgende Entschließung zu der ihren machte: „Die Bezirksvorsteherkonferenz kam nach Aussprache über die Lage im Buchdruckgewerbe zu der Ansicht, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit an der Schmalmaschine unbedingt gefordert werden muß. Es ist dies um so mehr notwendig, weil an den Maschinenarbeitern immer größere Anforderungen gestellt werden, welchen derselbe nicht nachkommen kann. Es muß u. a. die tarifliche Festsetzung einer Höchstbuchstabenleistung und die Akkordarbeit abgeschafft werden.“ Bezüglich der Mitgliederzahl konnte Kollege Friedrich Ernstliches berichten, was von den Klassenverhältnissen leider nicht geteilt werden kann. Grippe und große Arbeitslosigkeit brachten die Gaukasse völlig herunter, und auch eine im März d. J. beschlossene Beitragserhöhung konnte noch nicht dazu beitragen, der Kasse etwas auf die Beine zu helfen. Mit besonderer Genauigkeit wurde Kenntnis genommen von der Abhaltung der

nächsten Generalversammlung im Mai kommenden Jahres, von welcher man die Lösung gar vieler Fragen erwartet. Zerschlossen wurde in Hinblick auf das Entstehen der Generalversammlung, zu dem 1920, nach einer dem sechsjährigen Pause, einen Sonntag zu haben, u. d. m. auch die Entlassungnahme zu den Generalversammlungsanträgen obliegen wird. Im August 1917 konnte der Gau auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken; angesichts der damaligen Lage glaube man von einer Feier derselben absehen zu sollen und die Konferenz machte sich dahin, die Feier dieses Jubiläums in geeigneter Weise mit dem Gau zu verbinden. General wurde vor dem verbanntschädigenden „Graphischen Bild“, und aufgefördert, in Mitgliederkreisen in geeigneter Weise auf diesen vererbten Bestreben hinzuwirken. Nach Erledigung der anwesenden notwendigen Punkte schloß der Vorstand die Arbeit anreuzend und herzlich verlaufene Tagung.

**Mainz.** Eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung hatte die Bezirksversammlung vom 22. September zu erledigen. Dem Bezirksvorstehenden Conrad wurde durch die französische Behörde die bedingungslose Wiedererlaubnis in das besetzte Gebiet erteilt. Erstmalig hätte Kollege Conrad unter Gelegenheit gehabt, einer Bezirksversammlung beizuwohnen. Hier eine persönlich auftretende Bindardamentzung machte seine Überführung in das städtische Krankenhaus und eine sofortige Operation notwendig. Kreisleiterweise besand sich Kollege Conrad auf dem Wege der Besserung, und hoffentlich ist seine völlige Wiederherstellung baldigst zu erwarten. Da auch der stellvertretende Vorsitzende infolge eines Unfalls erkrankt war, leitete Kollege Mann die Verhandlungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erlebte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Paul Anhalt und Paul Clobus. Der „Storr.“ wurde nunmehr wieder zur Einführung nach Mainz freigegeben und in die Postzeitungsliste eingetragen, worauf besonders hingewiesen wurde. Die eingehende Lage im Bezirke hat sich etwas gebessert. Arbeitslos sind 8 Kollegen, aber über 50 Kollegen sind noch in anderen Berufen tätig. Die außerordentliche Unterstützung für ausgefallene und nichtbezugsberechtigte Kollegen in Höhe von 3,50 Mk. für Ledige und 7 Mk. für Verheiratete pro Woche wurde auch für das vierte Quartal bewilligt. Aber die Situation im Gau im Hinblick auf den Ende Oktober in Mannheim stattfindenden 31. mittelhessischen Gau lag gab der Vorsitzende einige orientierende Hinweise. Eine Aussprache darüber konnte nicht stattfinden, da auf Antrag aus der Versammlung drei Punkte (darunter auch: „Stellung von Anträgen zum Gau“) von der Tagesordnung abgesetzt wurden, um für die Beratung der wichtigsten Angelegenheiten mehr Zeit zu gewinnen. Aber den Stand der Einführung der Steuerzuschüsse am 1. Oktober berichtete Kollege Wehrich. Wie zu erwarten, beruft sich die Mainzer Prinzipalität auf den Beschluß des Tarifauschusses, wonach für Druckorte im besetzten Gebiete mit günstigeren Lebensbedingungen örtliche Abmachungen zulässig sind. Bei einer Lesung der beiden Parteien sei dieses Verlangen der Prinzipale zulage getreten. Die Gehilfenschaft habe aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Beschlusses des Tarifauschusses für Mainz durchaus nicht gegeben seien. Auf Antrag der Prinzipalität finde nun eine weitere Verhandlung unter Hinguziehung der leitenden Kreisvertreter statt. In der längeren, erregten Diskussion kam zum Ausdruck, daß unbedingt an der tariflichen Steuerzuschüsse gespart werden müsse. Der Beweis der billigeren Lebenshaltung in Mainz gegenüber dem unbefestigten Deutschland sei nicht zu erbringen. Das Gegenteil sei der Fall. Von einzelnen Rednern wurde verlangt, wegen Gewährung einer außerordentlichen Zulage an die Prinzipalität heranzutreten. Jedoch sah die Versammlung von der Erteilung eines solchen Antrags ab. (Anwesenden haben die Verhandlungen im Beisein der Kreisvertreter stattgefunden. Die Gehilfenschaft brachte auf Grund antiken Materials den ziffermäßigen Nachweis einer bedeutenden Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber Mai 1919. In mehrfacher Hinsicht werden in Mainz höhere Preise als im benachbarten, unbefestigten Frankfurt notiert. Die Prinzipalität verneinte nicht, dieses Material zu entkräften. Nach zweiseitiger Auseinandersetzung machten sie folgenden Vorschlag: Verheiratete Gehilfen erhalten die tarifliche Steuerzuschüsse von 12 Mk.; ledige Gehilfen im ersten Gehilfenjahre 3 Mk., bis zu 24 Jahren 6 Mk. und über 24 Jahren 9 Mk. Steuerzuschüsse. Die Gehilfenschaft lehnte dieses Angebot mit folgender Erklärung ab: „Die Gehilfenschaft steht nach wie vor auf dem Boden des Tarifs. Sie kann daher nur in Beratungen über eine besondere Behandlung des besetzten Gebiets einreten, wenn günstige Lebensbedingungen nachgewiesen werden. Diesen Nachweis hat die Prinzipalität nicht erbracht. Aus diesem Grunde sieht sich die Gehilfenschaft außerstande, in eine Beratung der Prinzipalitätsvorschläge einzutreten, und steht daher in der Entscheidung des Tarifamts den einzigen Ausweg.“ D. W.) — Im Anschluß an die Bezirksversammlung fand eine außerordentliche Generalversammlung der Frankengau-Verheirateten, die sich mit einem Antrage, die Frankengau-Verheirateten mit der „Mainzer Typographie“ zu verwechseln, zu befassen hatte. Der Antrag hatte den Zweck, eine Erhöhung des irdischen Lohnes zu bewirken und Strukturalismusunterstützung herbeizuführen. Er wurde nach erschöpfender Diskussion abgelehnt. Zur Erinnerung gelangte ein Antrag des Bezirksverbandes, den Frankengau-Verheirateten für die ersten beiden Tage von 1,50 Mk. auf 2 Mk. und für die letzten beiden Tage von 1 Mk. auf 1,50 Mk. zu erhöhen, ferner die Entlastung zu beschließen. Um nicht zu bewerkstelligen, wurde der Antrag abgelehnt. Am 20. J. zugunsten der Frankengau-Verheirateten gelangt.